

## **FRAGESTUNDE**

Beginn: 12.44 Uhr  
Ende: 13.40 Uhr

### **1) KDZ-Studie „Strategische Analyse der Wohnhausverwaltung der Stadt Graz“**

GRin. **Bergmann** stellt an StR. Mag. Dr. Riedler folgende Frage:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Riedler! In einer gemeinsamen Pressekonferenz von ÖVP und SPÖ am vergangenen Donnerstag präsentierten Sie gemeinsam mit Herrn Bürgermeister Mag. Nagl eine von einer KDZ-Managementberatungs- und WeiterbildungsGmbH aus Wien erstellte Studie mit dem viel sagenden Titel „Strategische Analyse der Wohnhausverwaltung der Stadt Graz“. Jeder, der sich seriös mit dieser Studie beschäftigt, hoffte darauf, dass die zahlreichen Fehler des Zwischenberichtes ausgebessert wurden und studierte die Studie mit großem Interesse und widmete sich ausführlich den dort getroffenen Analysen und Ergebnissen.

Diese präsentieren sich jedoch in einer Qualität, die unabhängig davon, welche Interessen man im Zusammenhang mit dem Wohnungsamt verfolgt, über weite Strecken als widersprüchlich, zusammenhanglos und mangelhaft bezeichnet werden muss. Manche Ausführungen weisen sogar derart gravierende Fehler auf, dass sie bestenfalls die Bezeichnung „peinlich“ verdienen. Eine Aufstellung der Unzulänglichkeiten dieser Studie kann bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden.

Es ist durchaus üblich, dass der Auftraggeber von Leistungen eine solchen Qualität rügt beziehungsweise mit dem Ersteller über den Preis neu verhandelt.

Da diese Studie die Grazerinnen und Grazer beachtliche 26.000,- Euro exklusive Mehrwertsteuer kosten soll (einen großen Teil davon hätte man sich übrigens erspart, wenn der Auftrag für eine solche Studie gemeinsam mit dem Wohnungsamt erteilt worden wäre), ergeht an Sie daher, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

**Frage:**

Haben Sie die Kosten für diese Studie angesichts ihrer mangelhaften Qualität dennoch bereits an die KDZ-Managementberatungs- und WeiterbildungsGmbH überwiesen?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich habe die Finanzdirektion um Beantwortung Ihrer Anfrage ersucht und folgende Formulierung darf ich Ihnen jetzt auf den Weg mitgeben. Zur betreffenden Anfrage wird mitgeteilt, dass die Zahlung, insgesamt 25.600,- Euro plus 1.200,- Euro Spesenpauschale plus Umsatzsteuer vereinbarungsgemäß in drei Teilbeträgen, davon der letzte am 10.1.2005, erfolgt ist. Eine Reduktion des Entgeltes für den Gesamtauftrag wurde seitens der Finanzdirektion für den Fall einer zügigen Abwicklung vorgeschlagen. Vom Auftragnehmer jedoch angesichts der wesentlich höheren als ursprünglich veranschlagten Zeit und Aufstimmungsaufwände nicht akzeptiert. Eine mangelhafte Qualität der Studie und ihrer Schlussfolgerungen ist juristisch nicht nachvollziehbar. Soweit Basisinformationen mangelhaft, unrichtig oder unvollständig dargestellt sein sollten, würde der Vorwurf eher die Stadt selbst treffen, die diese Informationen zur Verfügung gestellt hat. Eine Mängelrüge ließe sich damit nicht begründen. Im Übrigen möchte ich Sie darauf hinweisen, dass es selbstverständlich in der Stadtregierung das Angebot auch an den Kollegen Kaltenegger als zuständigen Stadtrat gegeben hat, bei der Formulierung des Prüfungsauftrages mitzuwirken, er hat das aber leider abgelehnt und daher ist es zu dieser Zusammenarbeit nicht gekommen.

***Zwischenruf GRin. Schloffer: Stimmt so nicht.***

Dr. **Riedler**: Stimmt so schon, weil da war ich dabei.

GRin. **Bergmann**: Habe ich Sie jetzt richtig verstanden, dadurch dass die Studie, die ja ursprünglich meines Wissens für September fertig sein hätte sollen, aber erst im Februar geliefert wurde, dass hier ein Abschlag erfolgt ist beziehungsweise in der Aufteilung wurde ja das Ziel für diese Studie auch definiert, dass es keine Schlechterstellung für Mieter geben soll und die ist, unserer Meinung nach, ist auch ein Mangel in dieser Studie.

Dr. **Riedler**: Zur ersten Frage, Sie haben mich nicht richtig verstanden, zur zweiten Frage muss ich Ihnen sagen, eine Studie kann eine Schlechterstellung von Mietern ja überhaupt nicht beinhalten. Das ist in dieser Studie auch nicht der Fall. Ich halte sie für eine sehr richtungsweisende Handlungsanleitung für die zukünftige, leider in der Vergangenheit etwas verabsäumte Korrektur in der Wohnungspolitik der Stadt Graz (*Applaus SPÖ*).

## 2) Jahn-Tafel im Eingangsbereich des Rathauses

GRin. **Jahn** stellt an StR. Mag. Dr. Riedler folgende Frage:

GRin. **Jahn**: Hallo, liebe Schülerinnen und Schüler, hallo, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie der Bürgermeister schon gesagt hat... ist das so außergewöhnlich, wenn man hallo sagt? Meine Frage dreht sich um das Thema der Jahn-Tafel, die ja unten im Eingangsbereich des Rathauses zu finden ist. Johann Friedrich Jahn ist ja allgemein, hauptsächlich auf Grund seines Engagements im Bereich der Förderung der Turnbewegung, bekannt. Was weniger bekannt ist, ist, dass er das Turnen eigentlich hauptsächlich als Mittel für Wehrtüchtigung der deutschen Jugend verstanden hat. Dazu möchte ich auch gleich etwas zitieren, für all diejenigen, die das vielleicht anzweifeln könnten (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Turnvater Jahn im O-Ton: „Erst wenn alle wehrbare Mannschaft durch Leibesübungen waffenfähig geworden, streitbar durch Waffenübungen,

schlagfertig durch erneuerte Kriegsspiele und immer Gerüstet-Sein, kriegskühn durch Vaterlandsliebe, kann ein solches Volk ein wehrhaftes heißen. Wehrlos, ehrlos, so sagten unsere Ahnen und den Sinnspruch sollten wir in alle Landwehrbahn ersetzen. Wer blickt nicht fröhlich unter den wallenden Helmbusch, wer spiegelt sich nicht gerne im vielfarbigem Kriegskleid, wer wägt des Schwertes Blitze nicht gerne in seiner Rechte. Der Magnet zieht das Eisen an, das Eisen den Mann, der Mann die Männer, Männlichkeit die Weiber.“ Nur so viel zu diesem Thema. Das war einmal, das sind die weniger bekannten Seiten des Turnvaters Jahn. HistorikerInnen sind sich einig darüber, dass der Turnvater Jahn, der ja auch der Mitbegründer der ersten Urburschenschaft, der Urburschenschaft Sujena und der Organisator der ersten antideutschen Bücherverbrennung anlässlich des Wartburgfestes im Jahre 1817 gewesen ist, in seinen Büchern und Vortragsreihen zum deutschen Volkstum deutschnationale Bewegungen vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in das 20. Jahrhundert hinein sehr stark beeinflusst hat. Auf Grund seiner rassistischen und militaristischen Ideologie wurde Jahn besonders vor allem in der Nazi-Zeit immer wieder zitiert und auch seine Ideologie als Grundlage hergenommen und seine Bücher in dieser Zeit besonders neu wieder verlegt. Nach dem Krieg war es natürlich so, dass man die Rolle des Turnvaters Jahn hauptsächlich auf seine Turnaktivitäten und die Förderungen in diesem Bereich versucht hat zu beschönigen. Wie bereits erwähnt, haben wir schon öfters Initiativen zu diesem Thema eingebracht, leider sind wir damit immer in einer Minderheit zusammen mit der KPÖ geblieben. Wir haben uns eigentlich schon immer die Unterstützung, auch speziell der SPÖ, erwartet in diesem Zusammenhang. Jetzt haben sich in Salzburg recht neue Entwicklungen ergeben, es gibt nämlich auch dort ein Jahn-Denkmal im Kurgarten und auch dort hat es schon mehrmals von der Bürgerliste Anträge gegeben, dass dieses Denkmal zu kommentieren ist, eben auch über die anderen Seiten des Herrn Turnvaters Jahn. Mit dem ich, soviel ich weiß, Gott sei Dank nicht verwandt bin. Die oberösterreichische SPÖ und auch die Salzburger SPÖ haben jetzt mittlerweile auch erkannt, dass dieses Thema ein sehr heikles ist und haben auch beschlossen, dass eine Kommentierung derartiger Denkmäler für sinnvoll zu erachten wäre. Deswegen auch meine

**Frage**

an Sie, Herr Stadtrat:

Sind Sie als Liegenschaftsreferent dazu bereit, sich analog dem jüngsten Sinneswandel ihrer Salzburger und auch der oberösterreichischen ParteifreundInnen dafür einzusetzen, dass auch hier in Graz im Eingangsbereich des Rathauses befindliche Gedenktafel an den Antisemiten Johann Friedrich Jahn mit einer kritisch informativen Zusatztafel über dessen Ideologie versehen wird? (*Applaus Grüne*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Zuerst möchte ich widersprechen und zwar in dem Punkt, dass ein Sinneswandel notwendig wäre, dass wir eine bestimmte Position zur historischen Persönlichkeit Jahn einnehmen müssten. Ich habe selbst schon, wenn ich mich richtig erinnere, in den vergangenen zehn Jahren zwei Anfragen im Gemeinderat in diese Richtung gehend gestellt. Daher ist ein Sinneswandel auch gar nicht notwendig und ich habe vor geraumer Weile schon im Laufe des vergangenen Jahres daher die Liegenschaftsverwaltung beauftragt, einen Vorschlag für eine entsprechende Begleittafel zu machen. Du rennst bei mir daher ohnehin offene Türen ein. Der Ordinarius und Institutsvorstand der Zeitgeschichte Prof. Dr. Helmut Konrad wurde von mir ersucht, einen entsprechenden Textvorschlag zu machen, der auch bereits an uns ergangen ist und ich habe eigentlich vorgehabt, den Gemeinderat in Form eines Informationsantrages, nachdem das ja im öffentlichen Bereich angebracht werden wird und tatsächlich in meiner Zuständigkeit sich aber befindet, von diesem Text zu informieren, ich werde das noch einmal machen, ich kann aber den Inhalt bereits vorlesen. Der Textvorschlag von Prof. Konrad lautet: „Die Hauptstadt des zweisprachigen Kronlandes Steiermark hatte sich um die Wende zum 20. Jahrhundert als deutsche Stadt positioniert. Das Rathaus verstand sich als Palast des deutschen Bürgertums. In ihrem Deutschnationalismus traf sich die Mehrheit des Gemeinderates mit Turnbewegung jener Jahre. Die Gedenktafel von 1908 bündelt mit den Begriffen Turnkreis Deutsch-Österreich und dem traditionellen Gruß Gut-Heil die nationale Befindlichkeit dieser Zeit. Dass in der deutschen Grenzfeste Graz damals Ausgrenzungen und Rechtfertigungsideologien für die Überlegenheit einer Kultur gegenüber anderen wuchsen, bereitete mit den Boden für Menschen verachtende Strömungen der Folgejahrzehnte.“ Es wird noch kleine

sprachliche Verbesserungen geben, aber sonst ist meiner Meinung nach dieser Text inhaltlich ausreichend erläuternd, um die von dir angesprochenen Zusammenhänge mit der Person Jahn zu verdeutlichen (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Jahn**: Das ist, glaube ich, das erste Mal, dass ich wirklich sehr zufrieden mit einer Antwort bin, die ich hier in den letzten zwei Jahren bekomme habe, das möchte ich zuerst vorausschicken. Und zweitens hätte mich noch interessiert, bis wann das ungefähr realisiert wird.

Dr. **Riedler**: Nachdem ich es für konkret halte und auch um eine Diskussion zu ermöglichen im Gemeinderat (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), einen entsprechenden Informationsbericht vorzulegen und jetzt der Textentwurf bereits da ist, wird im März dieser Informationsbericht an den Gemeinderat ergehen und dann kann innerhalb von längstens drei Wochen die Ergänzungstafel im Eingangsbereich des Rathauses angebracht werden (*Applaus SPÖ*).

### 3) Tierschutzhaus „Arche Noah“

GR. Mag. **Korschelt** stellt an StRin. Monogioudis folgende Frage:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Stadtrat! Den Medienberichten, beziehungsweise der Zeitschrift des Tierschutzvereines war zu entnehmen dass es in den letzten Wochen noch immer Probleme mit der Finanzierung der Arche Noah gegeben hat, deshalb darf ich an Sie die

### **F r a g e**

richten:

Können Sie mir Auskunft darüber geben, ob die finanzielle Situation des Tierschutzheimes Arche Noah so weit geklärt ist, dass ein ordentlicher Betrieb aus Sicht der Stadt Graz gesichert erscheint?

StRin. **Monogioudis:** Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Ihre Frage suggeriert eine Zuständigkeit der Stadt Graz für die finanzielle Situation des Tierheimes Arche Noah. Tatsächlich sind natürlich für die finanzielle Situation eines Vereines die Vereinsorgane zuständig, ich hoffe, da werden Sie mir Recht geben. Die Stadt Graz subventioniert freiwillig beide in Graz ansässigen Tierheime, in den letzten beiden Jahren zusätzlich zu den Beträgen, die aus dem Titel Tierheimentschädigungsverordnung zu bezahlen waren. Ich betone deswegen, dass es sich dabei um freiwillige Subventionen handelt, weil der Vereinspräsident gebetsmühlenartig die Vorwürfe wiederholt, die Stadt Graz würde ihren finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen, das ist natürlich keinesfalls der Fall. Nach der neuen gesetzlichen Lage wäre die Stadt Graz überhaupt zu keinerlei Zahlungen mehr verpflichtet. Herr Gemeinderat, ich darf Ihnen aber noch, beziehungsweise ich muss Ihnen in noch einem Punkt heftig widersprechen, wenn Sie nämlich sagen, dass gesunkene Förderungen den Verein in diese Lage gebracht haben und das möchte ich wirklich gerne mit ein paar Zahlen unterlegen, damit Sie sehen, dass das so nicht stimmt. In den letzten fünf Jahren sind die Subventionen der öffentlichen Hand von Stadt und Land zusammengenommen um 260 % gestiegen, also das heißt, betragsmäßig von 181.500,- Euro auf 655.000,- Euro. Aber auch im letzten Jahr, weil Sie ja sagen, dass das eben mit schuld war, auch im letzten Jahr, also auch im Jahr 2004 haben sich die Subventionen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) im Vergleich zum Vorjahr erhöht und zwar um 29 %, also das heißt, Ihre Aussage, der Verein wäre deshalb in finanziellen Schwierigkeiten, weil die Förderungen gesunken sind, das kann so einfach nicht stehen bleiben, da sind Sie wirklich schlecht informiert worden, Herr Gemeinderat (*Applaus KPÖ und Teile ÖVP*).

Mag. **Korschelt**: Sie sagen, ich bin schlecht informiert worden. Es ist schon richtig, dass die Subventionen gestiegen sind, aber Sie dürfen auch nicht vergessen, dass natürlich die Leistungen, die die Arche Noah erbracht hat, dass die natürlich auch explosionsartig nach oben hin, und dass sich ja für die Stadt immer die Frage stellt, wenn es diese Arche Noah nicht gibt, wer besorgt dann für die Stadt Graz den Tierschutz?

StRin. **Monogioudis**: Herr Gemeinderat! Zum Glück haben wir in Graz zwei Tierheime. Das Problem im Tierheim Arche Noah ist, dass es ständig überfüllt ist und zwar in einer Weise, dass es oft zu Missständen kommt, die nicht mehr im Sinne des Tierschutzes toleriert werden können. Deswegen sind auch die neuen Richtlinien so abgefasst, dass dem entgegengewirkt werden soll (*Applaus KPÖ und Teile ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf vor allem die hohe Beamtenschaft in der von mir aus gesehen rechten hinteren Ecke ersuchen, die Diskussionen möglichst draußen zu führen, weil die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte davor nicht mehr zuhören können.

#### **4) Begleitung von behinderten Kindern und Jugendlichen in den Ferienzeiten**

GR. **Hohensinner** stellt an StRin. Kaltenbeck-Michl folgende Frage:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat, sehr geehrte Frau Stadträtin, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Schülerinnen und Schüler am Balkon, ein herzliches Grüß Gott. Meine Frage betrifft die Begleitung von behinderten Kindern und Jugendlichen in den Ferienzeiten. Ich habe dich, Frau Stadträtin, im letzten Jahr bereits zwei Mal zu diesem Thema befragt, die Antworten



waren mir wirklich viel zu schwammig und es ist so, die Eltern werden nervös, der Sommer kommt mit Riesenschritten auf uns zu und es muss der Bedarf jetzt endlich gedeckt werden. Zum Inhalt noch einmal: In Sonderschulen und Integrationsklassen werden schwerbehinderte Kinder sehr gut gefördert. Einige Schulheime, vor allem private, sperren aber in den Ferien zu. In dieser Zeit (im Sommer sind es acht Wochen) sind Eltern, die ihre Kinder in privaten Einrichtungen untergebracht haben, in der Begleitung völlig auf sich gestellt. Bei fünf Wochen Urlaub, die man als Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer hat, ist das für alleinstehende Mütter oder Väter gar nicht möglich. Das stellt für viele Familien eine existenzielle Problematik da.

Die Lebenshilfe bietet zwar eine Sommerbetreuung an, doch ist der Bedarf durch die vorgesehenen Plätze nicht gedeckt.

Ein privater Einrichtungsträger hat nun bei der zuständigen Abteilung des Landes ein geeignetes Konzept für die Begleitung von behinderten Kindern und Jugendlichen in den Ferienzeiten eingereicht.

Vergangenen Frühling übergab ich dir, sehr geehrte Frau Stadträtin, 30 Unterschriften von besorgten Eltern, welche ihre schwerbehinderten Kinder in privaten Einrichtungen untergebracht haben und eine Sommerbetreuung fordern, beziehungsweise dich um Unterstützung bitten.

Daher stelle ich an dich, sehr geehrte Frau Stadträtin, die

### **F r a g e ,**

ob du als zuständige Stadträtin bereit bist, diese Initiative beim Land zu unterstützen? (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Falls noch zwei Gemeinderäte den Saal verlassen, müssen wir die Sitzung unterbrechen, weil dann wären wir zu wenig, das nur nebenbei.

StR. **Kaltenbeck-Michl**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Es ist richtig, dass du mir schon zwei Mal die gleiche Anfrage gestellt hast, ich beantworte sie gerne ein drittes Mal. Wenn du allerdings meinst, meine Anfragen seien zu schwammig gewesen, dann muss ich dazusagen, meine Anfragen pflegen üblicherweise so konkret zu sein wie die Fragestellungen. Ich muss anmerken, dass deine Fragestellung heute wieder nicht sehr konkret ist. Wenn du mich nämlichst fragst, ob ich diese Initiative unterstütze, dann gebe ich dir die gleiche Antwort, wie die beiden anderen Male, nämlich selbstverständlich unterstütze ich jede Initiative, die dazu führt, dass Eltern, die behinderte Kinder haben, einfach bessere Angebote haben, insbesondere in den Ferienzeiten, wo wir wissen, dass es da noch Defizite gibt. Wenn du mich aber so wie in der schriftlichen Anfrage fragst, ob ich bereit bin, das Konzept zu unterstützen, dann muss ich dir sagen, dass ich es grundsätzlich so zu handhaben pflege, dass ich meine Entscheidung, ob ich ein Konzept unterstütze, erst dann fälle, wenn ich ein Konzept gelesen habe und im Detail kenne. Das erscheint mir logisch und das erscheint mir auch im Sinne unserer Geschäftsordnungen und eines sorgsamem Umganges mit den Finanzen, im konkreten Fall weiß ich nicht, um welches Konzept es tatsächlich geht, du sagst mir, es ist beim Land eingereicht. Ich habe mich beim Land erkundigt, die Mitteilung des Landes lautet, der Fachabteilung, dass es eine abschließende Stellungnahme der Abteilung noch nicht gibt, wenn die zuständige Abteilung das Konzept für geeignet, durchführbar und auch finanzierbar hält, so wird dieses Konzept vom Sozialressort des Landes gefördert werden, dann braucht es meine Unterstützung ohnehin nicht mehr. Wenn das Land es nicht für geeignet hält, wird wahrscheinlich meine Unterstützung nicht viel nützen, weil dann wird das sachliche, fachliche Argumente geben, die gegen eine Finanzierung durch die Fachabteilung sprechen, davon will ich allerdings nicht ausgehen, weil ich denke, dass das Konzept gut sein wird (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hohensinner**: Und zwar habe ich ausführlichst das neue Behindertenhilfegesetz studiert und da steht im § 47 in der Leistungs- und Entgeltverordnung Folgendes unter Punkt 4: Land kann mit Trägern gemäß § 43 und 45 einen Vertrag abschließen, der regelt die zu erbringenden Leistungen, das Entgelt, die Vertragsdauer, die Kündigungsgründe und dann steht ganz dick, schwarz auf weiß, der

Sozialhilfesprengel hat Anhörungsrecht. Jetzt frage ich dich als Zusatzfrage, wer ist in Graz der Sozialhilfesprengel, wenn er Anhörungsrecht hat und somit sich zu diesem Konzept äußern soll, wenn ein Bedarf da ist?

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Jetzt kann ich noch einmal das Gleiche sagen. Zur Anhörung wird man eingeladen, wir sind noch nicht eingeladen dazu, dann wird das Konzept auf dem Tisch liegen und dann kann ich das Konzept beurteilen und dir sagen, ob es von uns unterstützt wird oder nicht. Es steht ja eh im Gesetz, ist alles ganz eindeutig.

GR. **Hohensinner**: Du hast zum Schluss gesagt, dass es nicht deiner Zustimmung bedarf...

*Zwischenruf GRin. Edlinger: Es gibt nur eine Zusatzfrage. Fällt Ihnen sonst keine Frage ein?*

GR. **Hohensinner**: Bei der wichtigen Sache, wenn der Sommer immer näher rückt, ist es, glaube ich, unabhängig.

##### **5) Planungsarbeiten für das Straßenbahnprojekt „Innenstadtentflechtung“**

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi folgende Frage:

Dr. **Getzinger**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der für uns alle tatsächlich sehr, sehr erfreulichen Verlängerung der Straßenbahnlinien 4, 5 und 6 sowie mit der Errichtung des Nahverkehrsknoten Puntigam und Don Bosco sind wichtige Projekte zur Aktivierung des schienengebundenen Verkehrs in der Stadt Graz sprichwörtlich „auf Schiene“. Dafür ist vor allem dem Finanzstadtrat aber natürlich auch dem zuständigen Verkehrsstadtrat sehr herzlich zu danken.

Dem Projekt „Innenstadtentflechtung“ mit der durch den Gemeinderat einstimmig beschlossenen Trassenvariante durch die Feuerbachgasse, ich erinnere an den Beschluss des Gemeinderates vom Dezember 2003, kommt nun ohne Zweifel höchste Priorität zu.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

### **F r a g e ,**

wie weit sind die Planungsarbeiten für das Straßenbahnprojekt „Innenstadtentflechtung“ durch die Feuerbachgasse gediehen?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Dankeschön, Herr Kollege Getzinger! Ich habe die neu gegründete Verkehrsplanungsabteilung gebeten, den aktuellen Stand bei dieser Planung festzuhalten und darf Folgendes vorlesen: Am 4. Dezember 2003 wurde vom Grazer Gemeinderat einstimmig der Grundsatzbeschluss für einen Ausbau des Grazer Straßenbahnnetzes mit einer Prioritätenreihung der Ausbauprojekte beschlossen. Nach den Projekten Verlängerung der Straßenbahnlinien 4 und 6 sowie des Nahverkehrsknotens Puntigam mit Verlängerung der Linie 5 und des Nahverkehrsknotens Don Bosco stehen die Errichtung der Innenstadtlastungsstrecke in der Variante Griesplatz – Vorbeckgasse – Feuerbachgasse inklusive Wendeschleife Feuerbachgasse als nächste Projekte in der Prioritätenreihung. Übrigens auf gleicher Stufe mit der Erschließung des Grazer

Südwestens. Diesem vorgelegten Projekt der Innenstadtentflechtung über den Griesplatz – Feuerbachgasse wurde vom Gemeinderat grundsätzlich zugestimmt. Weiters wurde die damalige Stadtbaudirektion mit der weiterführenden Planung beauftragt. Infolge wurde von der Stadtbaudirektion, beziehungsweise jetzt ab 1.1.2005 von der Verkehrsplanung, in Abstimmung mit den Grazer Verkehrsbetrieben die Vorkonzeptplanung vorangetrieben. Dieses Projekt wird so aufbereitet, dass in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen die politischen Gremien mit der Entscheidung über eine Einreichplanung, das ist Beginn auch dann des Behördenverfahrens und die Variantenentscheidung, also über eine Einreichplanung der Innenstadtentflechtung befasst werden.

Dr. **Getzinger**: Danke, Herr Stadtrat für diesen Bericht, der mich zufrieden stellt. Ich wünsche mir, und ich denke, der Gemeinderat teilt hier meine Meinung, ich wünsche mir, dass wir möglichst rasch mit dieser Einreichplanung befasst werden. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte aber zuvor noch bekannt geben, dass Frau Gemeinderätin Zeiler auch krankheitsbedingt entschuldigt ist.

## **6) Ausstattung der Volksschule Bertha von Suttner**

GR. Mag. **Fabisch** stellt an StR. Eisel-Eiselsberg folgende Frage:

**Mag. Fabisch**: Lieber Herr Stadtrat, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Volksschule Bertha von Suttner ist eine Schule, deren Alltag nicht nur geprägt ist von einem hoch engagierten Lehrerteam, sondern leider auch von einem sozial schwierigen Umfeld und äußerst mangelhafter Ausstattung.

So stieß die Bitte der Schulleitung um deutlichere Hinweisschilder von der Straße her und am Schulgebäude selbst beim Stadtschulamt und bei der Mehrheit im Bezirksrat Gries auf keine positive Resonanz.

Da im März die Einschreibungen beginnen, wäre es höchste Zeit, für eine verbesserte Kennzeichnung der Schule zu sorgen.

Die technische Ausstattung dieser Institution bleibt durch die geringe Summe, die frei zur Verfügung steht, weiter mangelhaft, da dieses Geld in erster Linie für die Unterstützung sozial schwacher Schüler benötigt wird.

Die Umkleieräume im Keller dürfte es gar nicht geben, denn die Raumhöhe erfüllt angeblich nicht das erforderliche Mindestmaß. Außerdem sind sie kalt und feucht. Eine kleiner Zubau für die Umkleieräume wäre notwendig.

Deshalb stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### **F r a g e :**

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass die aufgezählten dringendsten Mängel der Volksschule Bertha von Suttner bereinigt werden? (*Applaus KPÖ*).

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Grundsätzlich halte ich fest, dass ich mich gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stadtschulamtes immer darum bemühe, alle Standorte der Grazer Pflichtschulen in einem guten baulichen Zustand zu erhalten, beziehungsweise wenn es notwendig ist, ihn in einen solchen zu bringen und auch das Innenleben, sei es jetzt nun Mobiliar für Schüler oder Lehrer, sei es EDV-Ausstattung, andere technische Ausstattungsgegenstände, so zur Verfügung zu stellen, dass ein moderner zeitgemäßer Unterricht möglich ist. Wir möchten natürlich damit auch die Arbeit der Pädagoginnen und Pädagogen erleichtern. Das mag auch in diese Richtung weisen, dass heute der Gemeinderat, aller Vorrausicht nach, auch den Zubau der Volksschule Engelsdorf beschließen wird. Sie sehen also, die Bemühungen laufen sehr wohl in diese Richtung. Und gerade bei Schulen, ich sage es einmal, mit außerordentlichen Herausforderungen sind diese Bemühungen auch sehr ausgeprägt und ich glaube, dass wir in diesem Zusammenhang auf einem sehr

guten Weg sind, die vielen positiven Rückmeldungen aus den Schulen zeigen mir das. Um aber allfällige Defizite beseitigen zu können, ist es natürlich notwendig, dass wir das Stadtschulamt oder ich diese Defizite kennen. Das kann geschehen durch die vielen persönlichen Kontakte, die unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit den Schulen natürlich haben, aber auch im Rahmen der Schulbesuche, die ich ja periodisch durchführe. Faktum ist allerdings, und darum danke ich auch für die heutige Frage, dass weder dem Stadtschulamt noch mir bekannt war, dass die genannte Volksschule angeblich so äußerst mangelhaft ausgestattet ist. Weder schriftlich noch persönlich wurden derartige Wünsche deponiert und ich ersuche jetzt nur mehr um Verständnis dafür, dass wir vermeintliche Missstände noch nicht beseitigen konnten, weil wir sie auch noch nicht gekannt haben. Zu weiteren einzelnen Feststellungen der Anfrage möchte ich einige kurze Anmerkungen machen. Richtig ist, dass das LehrerInnenteam der Volksschule Bertha von Suttner sehr engagiert ist und im gegebenen Umfeld eine ganz hervorragende Arbeit leistet, so wie das übrigens auch die meisten Lehrerinnen und Lehrer an den Grazer Pflichtschulen tun. Den Wunsch der Schulleitung um einen deutlicheren von außen sichtbaren Hinweis wird durch eine Schultafel in der Lagergasse nachgekommen. Einen an der Fassade durch das Stadtschulamt angebrachter Schriftzug wird aus grundsätzlichen Überlegungen jedoch abgelehnt, sollte die Schule eine diesbezügliche Eigeninitiative starten, wie das übrigens auch zahlreiche andere Schulen bereits gemacht haben, wird es aber sicher zu keiner Untersagung durch das Stadtschulamt kommen. In dem Zusammenhang stellt sich für mich nur eine Frage, was wird eigentlich mit einer noch deutlicheren Kennzeichnung der Schule bezweckt? Die Schule ist auf Grund der Raumkapazität in der Lage, zwei Klassen in der fünften Schulstufe aufzunehmen und die Eröffnung dieser beiden Schulstufen stand in den letzten Jahren auch keineswegs in Frage. Wenn wir jetzt diesen Schulstandort noch besser bewerben und allenfalls sich so viele Kinder anmelden, dass wir drei Klassen eröffnen könnten theoretisch, hätte das zur Folge, dass wir 20 Kinder oder 25 Kinder abweisen müssten oder aber, nachdem jetzt in diesen beiden Klassen 45 Kinder sind, könnte der, glaube ich, aus pädagogischer Sicht nicht sehr vorteilhafte Umstand eintreten, dass die Kinderzahl auf 60 aufgestockt wird. Also, wie dem auch sei, eine Tafel kommt, eine größere oder noch deutlicher Kennzeichnung wird im Bereich der Schule liegen. Zur Zentralgarderobe im Keller möchte ich Folgendes sagen: Diese wurde vor mehr als zehn Jahren von der damaligen

Schulleitung mit Unterstützung der Eltern ohne Einbeziehung des Stadtschulamtes eingerichtet. Sofern nun eine andere Lösung gewünscht ist, kann die Garderobe, wie auch an fast allen anderen Pflichtschulen in den Gängen situiert werden. Und eigentlich müssen wir ja nun tätig werden, wenn die von dir dargestellten gesundheitlichen Bedenken hinsichtlich Feuchtigkeit, Kälte, Raumhöhe tatsächlich stimmen, weil dann können wir den bisherigen Verwendungszweck wohl nicht mehr verantworten. Wir werden daher Schul- und Baubehörde um Begutachtung und Stellungnahme ersuchen und wenn sich herausstellt, dass er diese Umkleieräume aus diesen Gründen nicht mehr geben darf, dann wird es sie auch nicht mehr geben. Einen Zubau muss ich aus verschiedenen Gründen allerdings ablehnen und ich möchte auch darauf hinweisen, dass nahezu alle Grazer Pflichtschulen, es basiert auf Freiwilligkeit, je nach Größe der Schule für diverse, genau definierte Zwecke, so genannte autonome Mittel erhalten, über die sie frei verfügen können. Diese Mittel wurden mit dem heurigen Budget 2005 trotz der angespannten finanziellen Lage für SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf, aber auch für außerordentliche SchülerInnen sogar aufgestockt und es ist richtig, dass damit unter anderem auch sozial benachteiligte SchülerInnen unterstützt werden sollen und auch werden. Und auch die Elternvereine in den einzelnen Schulen helfen hier dankenswerterweise immer wieder mit. Die angeblich damit im Zusammenhang stehende mangelhafte technische Ausstattung der Schule mit der Unterstützung sozial benachteiligter Kinder in Verbindung zu bringen, empfinde ich mehr als entbehrlich. Die Schule hat, wie ich ausgeführt habe, beim Stadtschulamt nicht einmal ihre Wünsche deponiert. Wir finden immer Wege, gerade bei so einem Schulstandort, zu helfen und zu unterstützen, nur müssen wir wissen, wo der Schuh drückt.

Mag. **Fabisch**: Eine notwendige Ergänzung. Die Frau Direktor hat ihre Wünsche bezüglich der Hinweistafel beim Stadtschulamt vor einiger Zeit deponiert, es kam aber kein positiver Bescheid diesbezüglich. Die Schultafel, lieber Herr Stadtrat, hat nicht die Bedeutung, mehr Kinder an die Schule zu bringen, sondern die Zahl der Anrufe am Vormittag, die suchende Eltern an die Schule starten, die Zahl der Anrufe, wo ist diese Schule, einfach zu reduzieren. Vielen Eltern ist vielleicht die



Räumlichkeit an dieser Schule, die für die Zahnbehandlung eingerichtet ist, aufgefallen, aber die Schule selbst nicht. Die Gänge für die Garderobe herzurichten, geht aus feuerpolizeilichen Gründen nicht, daher ersuche ich hier noch einmal, sich auch einen kleinen Zubau für die Umkleieräume zu überlegen.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Auf Grund einer mündlichen Anfrage der Frau Direktorin um eine zusätzliche Tafel wurde diese auch bewilligt. Ganz habe ich es noch immer nicht verstanden, einerseits war meine Vermutung, dass man die Schule bewerben will, jetzt höre ich, damit Eltern die Schule finden? Ich gehe davon aus, dass Eltern wissen, wo ihre Kinder zur Schule gehen und in dem Sinn kann ich das auch nicht ganz nachvollziehen, mit der Garderobe werden wir eine Lösung finden, so oder so.

## 7) Beschäftigung von FremdenführerInnen

GRin. **Kummer** stellt an StRin. Kaltenbeck-Michl folgende Anfrage:

GRin. **Kummer**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Anfrage richtet auf die Beschäftigung von FremdenführerInnen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Und zwar geht es darum, dass seit 1991 eine Historikerin und eine Kulturvermittlerin, feministische FrauenStadtSpaziergänge in Graz leiten. Für Graz 2003 Kulturhauptstadt Europas wurde das Projekt „WOMENT!“ entwickelt, und diese FrauenStadtSpaziergänge, das waren zehn Veranstaltungen, wurden da hier als Co-Produktion eingegliedert. Für die Information und die Organisation zeichnete laut Internet das Frauenservice Graz verantwortlich. Und für 2005 wurde bereits ein Programm entwickelt, fünf Termine sind bereits festgelegt worden.

Diese Veranstaltungen haben jedenfalls nach den mir vorliegenden Informationen zumindest einen Umstand gemeinsam:

Sie werden von Damen vermittelt, betreut und geführt, die dazu nicht befugt sind.

Wenn auch die Bemühungen der beiden Leiterinnen, feministisches Wissen einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), bei einer bestimmten Zielgruppe großen Anklang finden, so bleibt doch Faktum, dass sie damit in einen Bereich eindringen, der eindeutig definiert und gesetzlich nach der Gewerbeordnung festgelegt ist, und zwar nennt sich das Fremdenführer und ist nach § 108 der Gewerbeordnung als solches ganz deutlich ausgeführt und setzt voraus, dass man auch eine Ausbildung ablegen muss beziehungsweise eine Unternehmerprüfung, und einen Gewerbeschein muss man auch lösen.

Das weitere Faktum ist, dass es natürlich in Graz Personen gibt (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), die ihren Lebensunterhalt damit bestreiten, Gästen unserer Stadt, aber natürlich auch interessierten Grazerinnen und Grazern die verschiedensten Sehenswürdigkeiten zu zeigen, aber ihnen auch Geschichte und diverse Geschichten der steirischen Landeshauptstadt näher zu bringen.

Zum Beispiel der Fremdenführer-Club für Graz und die Steiermark vermittelt ausgebildete und gewerbeberechtigte Fachkräfte für alle Arten von themenspezifischen Führungen, und es wird Sie, Frau Stadträtin, bestimmt interessieren und Sie werden das auch wissen, dass es sich dabei größtenteils um Frauen handelt. Frauen, die weder Kosten noch Mühen scheuen, wie zum Beispiel einen Vorbereitungskurs auf die Befähigungsprüfung, der 295 Stunden, das heißt sieben Monaten dauert, von sage und schreibe € 1.900,- kostet sowie die Grundumlage von € 32,00, um diesen Beruf überhaupt ausüben zu können.

Insofern stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, die

### **F r a g e :**

Erfüllen die genannten Personen die für FremdenführerInnen geforderten rechtlichen Voraussetzungen, wie etwa nach der Gewerbeordnung, beziehungsweise wenn nicht, sind Sie bereit, eine Zusammenarbeit mit ausgebildeten und gewerbeberechtigten FremdenführerInnen anzustreben und damit dafür zu sorgen, dass die

genannten Voraussetzungen erfüllt und die Subventionsleistungen der Stadt hinkünftig nur bei Vorliegen derselben gewährt werden? (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Werte Frau Gemeinderätin! Ihrer Anfrage entnehme ich und den Inhalten Ihrer Anfrage, dass Sie ein bisschen Informationsbedarf haben, nämlich im Zusammenhang mit der Thematik was sind denn Frauenstadtsparziergänge und was hat denn ein feministischer Exkurs in dieser Stadt gemeinsam mit dem, was einfach Fremdenführung anbelangt. Ich gebe schon zu, dass es ein bisschen schwierig ist, auseinanderzuhalten, welche Inhalte FremdenführerInnen ihren interessierten Kundinnen nahe bringen und welche Bildungsinhalte, und ich sage bewusst Bildungsinhalte, von jenen beiden Frauen vermittelt werden, die in Graz die FrauenStadtSpaziergänge leiten. Richtig ist, seit 1991 gibt es dieses Projekt FrauenStadtSpaziergänge in Graz. Eine Idee, die so erfolgreich war und ist, dass sie mittlerweile von anderen österreichischen Städten, nämlich von Wien und Salzburg, auch übernommen und kopiert wurde. Sie haben schon Recht, wenn Sie sagen, die beiden Frauen, die diese Stadtsparziergänge konzipiert haben und leiten, sind in einen Bereich eingedrungen, aber ich würde sagen, sie sind nicht eingedrungen in den Bereich der FremdenführerInnen sondern, und das ist die Idee dahinter, sie sind eingedrungen in den Bereich der traditionellen klassischen Geschichtsschreibung, nämlich der patriachalen Geschichtsschreibung, wie wir sie seit Jahrtausenden kennen. Wer sich ein bisschen damit beschäftigt hat, und das tun feministische Frauen, der kann gut sehen, da brauchen sie nur die Schulbücher nachzulesen, dass die Geschichtsschreibung geschrieben wird aus der Sicht der Männer, von Männer und handelt von männlichen Lebensrealitäten. Geschichtsschreibung war jahrtausendlang die Geschichte von Helden, von Eroberern, von Feldherren, von Herrschern, was nicht erwähnt wurde,...

*Zwischenruf unverständlich.*

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Cleopatra als Geliebte ja, genau das meine ich. Wieder einmal nichts verstanden, aber das macht ja nichts, Feminismus ist ja nicht so leicht zu verstehen. Was nicht erwähnt wurde und wird, sind die Leistungen, sind die Beiträge, ist das Wissen, ist das Können, das Frauen in die Gesellschaften in allen Kulturen zu allen Zeiten eingebracht haben und natürlich auch in diese Stadt. Was nicht erwähnt wurde in der patriarchalen Geschichtsschreibung ist auch die Frage, wie waren denn Frauen von der Geschichte, die Männer immer gemacht haben, zum Beispiel deren Kriegsführung, betroffen. Wo gab es denn andere Betroffenheiten als zum Beispiel auf Seite der Männer, ich erinnere an die Geschichte der Trümmerfrauen in der Zeit des Wiederaufbaues, mit der Sie sich ja vielleicht beschäftigt haben. Die Frauenspaziergänge holen genau dieses Defizit nach, sie definieren Geschichte neu und zwar aus weiblicher Sicht (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), ich finde es total spannend, wie aufmerksam der Herr Bürgermeister zuhört, er klingelt sogar, damit er besser verstehen kann, was ich sage. Ich freue mich schon auf die nächste Veranstaltung, wo du dann erklären wirst, was feministische Geschichtsschreibung ist. Jedenfalls Ilse Wieser und Dr. Brigitte Dorfer machen den Beitrag der Frauen in der Geschichte sichtbar und ich glaube, dass es gut gelingen kann, damit auch so etwas wie ein weibliches kollektives Bewusstsein aufzubauen, das ist jedenfalls die Absicht dahinter. Ich würde daher diese FrauenStadtSpaziergänge auch durchaus als Initiative (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) wider das Vergessen der verlorenen Geschichte der Frau bezeichnen, eine Formulierung, die auch in der Literatur zu finden ist. Die Frage, wenn Sie wollen, dass die FrauenStadtSpaziergänge ab sofort von gewerbeberechtigten FremdenführerInnen gemacht werden, dann würde ich vorschlagen, dass wir deren Ausbildungsbereich...

### ***Zwischenruf GR. Schönegger: Gendern***

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** ...noch um ein Beträchtliches bereichern (*Applaus SPÖ*), nämlich um ein feministisches Studium und die Prüfung natürlich auch unter das

Motto stellen, wie schaut es denn mit dem feministischen Bewusstsein der handelnden Personen aus? Und wenn Sie sagen, ich müsste eigentlich wissen, dass die FremdenführerInnen ohnehin Frauen sind, dann haben Sie natürlich Recht, also dass die Fremdenführenden ohnehin in der Mehrzahl Frauen sind, dann haben sie schon recht, aber Sie kennen auch den Spruch von mir und den Spruch aller Feministinnen, die Tatsache, dass das Frauen sind, hat noch lange keine feministische Beweislage, nicht jeder Mann ist automatisch quasi per Geschlecht ein guter Androloge, da werden Sie mir wahrscheinlich zustimmen. Ich finde auch erstaunlich, dass Sie so qualifizierten Frauen, die ja ein Universitätsstudium in diesem Bereich hinter sich haben, die Bildungsveranstaltungen in vielen Bereichen zum Thema Feminismus durchführen, die Qualifizierung absprechen, ich halte das auch für wenig frauensolidarisch. Aber wie Sie es damit halten, das ist Ihre Sache. Ich möchte Ihnen nur noch dazu sagen, dass die Stadt Graz, also das Frauenreferat, im Jahr 2004 eine Summe von 1.800,- Euro zur Verfügung gestellt hat. Landesrätin Christina Edlinger-Ploder, ihres Zeichens Landesrätin auf Seiten der ÖVP, fördert die Stadtpaziergänge mit einer Summe von 727,- Euro, das seit Jahren, sehr gerne, wie sie anlässlich der Präsentation des Buches Woment selbst sagt, sie hat anlässlich ihrer Begrüßungsworte dort damals gesagt, sie wird sogar darüber nachdenken, ob wir dieses Projekt nicht noch ausdehnen können...

*Zwischenruf GR. Schönegger: Danke für den Hinweis.*

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Ich kann euch ja sagen, was in der ÖVP läuft, braucht nur mich fragen. Seit es die Frauenstadtpaziergänge gibt, werden sie übrigens auch von der Kulturabteilung des Landes gefördert. Sie würden ja in der Stadt Graz auch gut in das Kulturressort passen, aber die Grazer Kulturstadträte haben da irgendwie eine andere Tradition, die haben immer schon ein bisschen Probleme mit feministischen und Frauenanliegen gehabt, aber das kann sich noch ändern, wenn wir fortschreiten mit unserem Prozess Gendermainstreaming. Und überdies

Landesrat Gerhard Hirschmann hat selbstverständlich auch diese Stadtspaziergänge immer gefördert...

***Zwischenruf GR. Schönegger: Außer Dienst.***

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Und überdies und außerdem und sowieso subventioniert auch Frau Bundesministerin Elisabeth Gehrler seit Jahren dieses Projekt mit einer Summe von 1.000,- Euro und auf dem Falter ist sehr gut ersichtlich auch das Logo des Landes Steiermark, Landesrätin Edlinger-Ploder hat großen Wert darauf gelegt, dass auch ihr Logo hier draufkommt. Vielleicht diskutiert ihr einmal mit ihren Kolleginnen in der ÖVP (*Applaus SPÖ*).

***Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Sie hat nur gefragt, welches Personal.***

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Was regt ihr euch so auf.

GRin. **Kummer:** Ich wollte nicht ihre feministischen Gefühle verletzen, um das Thema geht es mir auch dabei gar nicht.

***Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Feminismus ist Wissenschaft und kein Gefühl, Frau Kollegin.***

GR. **Kummer**: Also auch diese Wissenschaft wollte ich keineswegs in Frage stellen, überhaupt nicht. Es geht mir auch nicht darum, die beiden Damen, die sicher eine tolle Arbeit leisten, jetzt irgendwie abzuqualifizieren. Es geht auch nicht darum, ihnen da jetzt nicht gewisse Kompetenz abzusprechen, aber die Berechtigung, die Berechtigung für einen Fremdenführer, Fremdenführer bedeutet, er geht auf der Straße herum und erklärt und das ist das..

*Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler unverständlich.*

GRin. **Kummer**: Es gibt die Abweichungen, die Abgrenzungen, also alles das, was nicht rechtlich als Fremdenführer nach der Gewerbeordnung festgelegt ist, das sind Erläuterungen, die nur in Fahrzeugen als Ausflugswagen-gewerbe mit Mietwagen-gewerbe, Taxigewerbe oder Fiakergewerbe berechtigt sind, Führungen, die in Gebäuden stattfinden von den dort Führungsberechtigten oder den Ermächtigungen durchgeführt werden, zum Beispiel in Kirchen, Museen, Ausstellungsgebäuden etc. und Hinweise auf Sehenswürdigkeit etc. die von Reisebetreuern bei der Betreuung von Reisenden oder von Schulklassen von Lehrern angeboten werden.

*Zwischenruf GRin. Rücker: Mitgehen und zuhören.*

GRin. **Kummer**: Keine Frage, insofern bin ich auch wirklich sehr froh, dass Sie sagen, Sie wollen das unterstützen, dass die Ausbildung dahingehend erweitert wird,...

**Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Das habe ich nicht gesagt.**

GRin. **Kummer:** Doch das haben Sie gesagt, Sie sind dafür, das zu machen. Naja Sie wollten das ausdehnen und das ist eine durchaus gute Sache, aber es geht eben nur um die Berechtigung dieser Sache.

**Zwischenruf GRin. Edlinger: Die Frau Landesrätin Edlinger-Ploder will es für die Steiermark ausdehnen.**

GRin. **Kummer:** Wer auch immer das ausdehnt, ist ja gut, es geht ja um ein Geschichtswissen und das ist ja auch ein sehr gutes und das wollen wir auch wissen. Es geht nur darum..

Bgm. Mag. **Nagl:** Frau Gemeinderätin, darf ich um die Zusatzfrage bitten.

GRin. **Kummer:** Gut. Also die Zusatzfrage ist: Werden Sie uns dahingehend unterstützen, dass diese Ausbildung erweitert wird?

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Ich weiß nicht, welche Unterstützung Sie von mir brauchen? Ich fürchte, Sie haben die Ironie hinter meinem Vorschlag nicht verstanden (*Applaus SPÖ*). Ich wollte Ihre Gefühle nicht verletzen, aber ich habe mich halt bemüht, das ein bisschen auf die ironische Ebene zu bringen. Ich glaube



nicht, dass das machbar ist, dass jetzt alle FremdenführerInnen in Graz eine feministisches Studium absolvieren. Aber wenn Sie der Meinung sind, dass das notwendig ist, ok., wunderbar, da haben wir dann einen unglaublichen Feminismusschub plötzlich in Graz. Stellen Sie sich vor, alle Touristen die kommen von Florenz und so, kriegen jetzt dann feministische Frauenstadtpaziergänge, da machen wir von Graz aus ganz Europa feministisch. Das ist eine gute Idee (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, ich glaube, es ist wichtig, dass man a) das Thema in Graz weiter aufrecht erhält und es wird auch wichtig sein, dass wir alle gewerberechtlichen Bestimmungen einhalten und das werden wir schauen, dass das alles klappt, dann wird dem nichts entgegenstehen.

## **8) Rücknahme der Blauen Zonen**

GRin. **Binder** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi folgende Frage:

GRin. **Binder**: Ich hätte eigentlich auch gerne so etwas Pikantes gehabt, aber es ist etwas anderes. Es geht um die Blauen Zonen, Herr Stadtrat Rüschi, als wichtige Lenkungsmaßnahme und ich möchte es kurz machen. Meine

### **F r a g e**

an Sie, inwieweit wurde bei der Entscheidung über die teilweise Rücknahme der erst kürzlich verordneten, gebührenpflichtigen Kurzparkzonen die durch diese Maßnahme gestiegene Lebensqualität der anwohnenden Bevölkerung berücksichtigt?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Wird leider auch eine eher trockene Antwort. Wir haben in einem ersten Schritt jene Blauen Zonen zurückgenommen und jene blauen Flächen bereits zurückgenommen, die nicht nur untertags, sondern auch am Abend tatsächlich weitgehend leer gestanden sind. Das heißt, es ist hier sicherlich nicht die Gefahr der Rücknahme der Lebensqualität oder absinkenden Lebensqualität zur Diskussion, sondern steht hier tatsächlich einfach die Frage zur Diskussion, dass dieser Raum nicht für die Bedürfnisse der anrainenden Bevölkerung erforderlich ist und aus diesem Grund haben wir es zurückgenommen. Es sind insgesamt zirka 400 bis 450 Parkplätze ausschließlich im Randbereich der verordneten Blauen Zonen und ich denke mir, dass hier die Lebensqualität überhaupt nicht drunter leidet.

GRin. **Binder**: Also zur Antwort von Herrn Stadtrat Rüsch möchte ich schon sagen, es sind doch einige besorgte Antworten von Anrainerinnen und Anrainern an uns gelangt, deren Lebensqualität sehr wohl in Mitleidenschaft gezogen wird dadurch, dass jetzt dort die Blauen Zonen wieder aufgelöst werden, also ich verstehe nicht, wie man das transportieren kann, dass du das auch sozusagen akzeptierst und auch siehst und ernst nimmst, dass dort, wo jetzt Menschen leben an Blauen Zonen und sagen, es ist toll, einmal das Gefühl zu haben, dass wir nicht dem Autoverkehr, dem Parksuchverkehr und den verparkten Straßen ausgeliefert sind, dass das ein höheres Maß an Lebensqualität ist. Aber meine Zusatzfrage an dich ist, wann ist die, auch von dir als sinnvoll und notwendig erachtete, flächendeckende Einführung der Blauen Zone vorgesehen, wenn du jetzt die Blauen Zonen, die bis jetzt bestehen, schon zu durchlöchern beginnst?

Dr. **Rüsch**: Es tut mir Leid, das waren jetzt einige Verwechslungen. Es gibt flächendeckende Blaue Zonen, der Kern der Maßnahme, die wir im letzten Herbst gesetzt haben mit der Ausweitung der Blauen Zonen ist die Ausweitung der flächendeckenden Blauen Zone. Am Rande dieser Flächen ist im Wesentlichen im gesamten innerstädtischen Bereich, wir haben die Ausweitung durchgeführt in flächendeckenden Blauen Zonen und haben dort die Zahl der Kurzparkplätze von

knapp 9000 um 50 % auf über 13.000 erhöht. Das ist der Kernbereich der Maßnahme. Innerhalb dieser flächendeckenden Blauen Zonen ist keine einzige Fläche jetzt zurückgenommen worden. Die Flächen, die zurückgenommen worden sind, befinden sich Richtung stadtauswärts angrenzend an den flächendeckenden Bereich und zwar in jenem Bereich, der zum Teil auch auf Wunsch der Bezirke gekommen ist und der lediglich eine straßenseitige Blaue Zone vorsieht, wie etwa die Nibelungengasse oder eben Herdergasse usw. es sind einige Straßen. An der flächendeckenden Blauen Zone, das ist mir sehr wichtig, ist keine einzige blaue Fläche, auch kein einziger Kurzparkzonenplatz zurückgenommen worden. Es liegt auch nicht in meiner Absicht, sondern meine Absicht ist die, dass wir die Probleme, die wir in den Randbereichen haben und zwar Randbereiche außerhalb der flächendeckenden Blauen Zonen, das sind auf der einen Seite die leeren blauen Flächen und zum Zweiten durchaus der weitergegebene Parkdruck nach außen, das wir diese beiden Probleme bearbeiten, das ist in Bearbeitung und wir werden aller Voraussicht nach im Ausschuss jedenfalls am 16. März einen ersten Vorschlag über die weitere Vorgangsweise in diesem Bereichen machen (*Applaus ÖVP*).